

Einigkeit trotz aller Unterschiede!

Führungsprobleme auf dem Weg zu einem dauerhaften Frieden in Mindanao

von Botschafter Lininding P. Pangandaman

Anders als in anderen Teilen des Landes hatten sich die Menschen in der autonomen Region des muslimischen Teils von Mindanao (ARMM) mit verschiedenartigen Führungsansprüchen auseinanderzusetzen und auch darunter zu leiden. Hier ist ganz offensichtlich einer der Gründe für die gegenwärtigen Probleme zu suchen.

Es gibt dort folgende Arten von Führerschaft:

- Die Sultanatsführung
Dabei liegt die exekutive, legislative und judikative Gewalt allein beim Sultan.
- Ethnische Führerschaft
Hier handelt es sich um drei Gruppen: die Maranaos in Lanao del Sur, die Maguindanaos in Maguindanao und die Tausogs in Sulu und Tawi Tawi. Jede dieser Gruppen hat ihre eigenen Führungspersonen.
- Religiöse Führerschaft
Es gibt religiöse Führer, die den politisch Verantwortlichen absprechen, noch für das Gemeinwohl sorgen zu wollen. Sie haben deshalb selbst begonnen, die politische Macht zu übernehmen.
- Verfassungskonforme Führerschaft
Sie ist durch die Trennung von Kirche und Staat gekennzeichnet. Legislative, Exekutive und Judikative sind als unabhängige und gleichberechtigte Bestandteile der Regierung in Geltung.

Aufgrund dieser verschiedenen Formen der Machtausübung kam es in der Bevölkerung zu negativen Reaktionen und Einstellungen, die die Autonomiebestrebungen in der Region sehr behindern. Zu diesen negativen Einstellungen gehören

- a) Voreingenommenheit, Mißtrauen und Vorurteile gegenüber kulturellen Minderheiten, deren Resentiments wiederum dadurch gestärkt werden, daß sie zwar regional die Minderheit, in den südlichen Philippinen insgesamt aber die Mehrheit ausmachen.
- b) unvernünftige Fraktionsbildungen unter den verschiedenen Gruppen, die an sich eine gemeinsame kulturelle Identität besitzen.
- c) das Festhalten an feudalen Strukturen seitens der Oberschicht.
- d) das Schielen nach öffentlichen Geldern und finanzieller Unterstützung — zum Teil eine Nachwirkung kolonialer Strukturen, aufgrund deren die Leute nach dem Prinzip »Teile und herrsche« in Abhängigkeit gehalten wurden.
- e) ängstliche Passivität der Menschen und blindes Vertrauen gegenüber Reformversprechungen trotz krasser Mißwirtschaft.
- f) schließlich die Vermengung von rein politischen Angelegenheiten mit religiösen Anliegen, die die Menschen ohne Rücksicht auf die Konsequenzen zu problematischen und brüchigen Einheitsbestrebungen treibt.

Die hier dargestellte Typologie der Führerschaften kann zum Verständnis der komplizierten Pro-

bleme in der Region durchaus beitragen. Doch um deren Komplexität ganz zu erfassen, müssen die tieferliegenden Ursachen im Folgenden noch in den Blick genommen werden.

Da ist einmal das Feld der Politik, das mit sozialen und kulturellen Themen und Problemen verwachsen ist. Solange diese Verwachsungen bestehen und sich nicht entflechten lassen, werden die Leute weiterhin auf Abwege geraten und die Probleme ungelöst bleiben. ...

Die Frage der Führerschaft und der Wirtschaft

Die Mehrheit der Menschen in der Region, die ja in ländlichen Gebieten leben, haben mit den erwähnten Formen der Führerschaft ihre Erfahrungen gemacht. Am Ende sind sie nun Opfer von Ausbeutung — oder ganz einfach ahnungslos im Blick auf das, was um sie herum geschieht, sind sanftmütig, unterwürfig und in ihr Schicksal ergeben. All das geschieht, weil die Menschen trotz ihrer politischen Wahlmöglichkeiten aufgrund ihrer Erfahrung davon ausgehen, daß ihre Führer aufgrund der nationalen Regierungsinterventionen

Der Autor war zuvor Bezirks-Gouverneur der ARMM.

von vornherein ausgewählt und bestimmt sind. Der Eindruck, daß die Kandidaten der jeweils an der Macht befindlichen Partei mit Sicherheit auch die Wahl gewinnen, ist weit verbreitet.

Der einzige Weg zur Lösung dieses Problems führt nur über den erkennbaren Willen der nationalen Führung, die Leute durch verfassungsgemäß korrekte Handhabung der Wahlen eines Besseren zu belehren.

Von entscheidender, ja von globaler Bedeutung ist die Lösung der wirtschaftlichen Probleme. Denn wirtschaftliche Armut stellt unzweifelhaft das Haupthindernis für Frieden und Entwicklung dar. Dies trifft auch für die Situation in der ARMM und das

nationale Programm für die Entwicklung dort zu.

Autonomie auf vernünftiger Basis

Das entsprechende Gesetz zur Verwirklichung von Autonomie (*Republic Act Nr. 6734*) ist mit allen Einzelheiten und Klauseln ausgestattet, die zum Erfolg führen können. Jetzt kommt es auf gute Führungsqualitäten an, die zu einer vernünftigen Gestaltung der Autonomie beitragen. Hier liegt der Schlüssel für einen dauerhaften Frieden und für eine verstärkte Entwicklung in Mindanao ...

Jedes persönliche Interesse und private Vorhaben muß dem öf-

fentlichen Interesse und Gemeinwohl untergeordnet werden. Die ARMM brauchen eine Führerschaft, die Fraktionierung und feudalistische Tendenzen ablehnt; die frei ist von Voreingenommenheit, Mißtrauen und Vorurteilen; die die von der nationalen Regierung bereitgestellten Mittel voll ausschöpft; die diese Mittel in die ländlichen Gebiete zu den Leuten bringt, die den Nutzen davon haben sollen. Vor allem ist eine Führerschaft vonnöten, die sich als glaubwürdig erwiesen hat und deren Einsatz für nationale Einigkeit und Solidarität anerkannt ist.

(*Manila Bulletin*, 26.3.1999. Gekürzter Beitrag. — Übersetzung: Klaus Schmidt.)

150 Millionen Dollar für die Folteropfer

von Matthias Drilling

Gheimdiplomatie zwischen Verhandlungspartnern, gegenseitige Verunglimpfungen der Anspruchsberechtigten und Instrumentalisierung der Folteropfer begleiten den Konflikt um die Verteilung der Marcos-Gelder. Hatte Präsident Joseph »Erap« Estrada sein über die Presse angekündigtes »Weihnachtsgeschenk« im vergangenen Jahr noch nicht auszahlen können, so scheint jetzt ein neuer Deal vereinbart: die Folteropfer werden 150 Millionen Dollar erhalten und dafür auf alle weiteren Forderungen verzichtet. Doch um die Details wird noch heftig gestritten.

Der Lausanner Gerichtsentscheid ...

Im Dezember 1997 ermöglichte das schweizerische Bundesgericht in Lausanne in seiner Grundsatzentscheidung die Überweisung der seit

Der Autor ist Geschäftsführer der Gruppe Schweiz-Philippinen.

über zehn Jahren auf Schweizer Banken eingefrorenen rund 570 Millionen Dollar des ehemaligen Diktators Ferdinand Marcos. Als »bahnbrechend« wurde das Urteil bewertet, weil erstmals in der schweizerischen Rechtsgeschichte die Rückführung von Potentatengeldern mit Auflagen verbunden wurde.¹⁾ Faktisch bedeuteten diese Auflagen, daß die Überweisungen aus der Schweiz erst dann erfolgen, wenn die philippinische Regierung den 9539 Anspruchsberechtigten, denen 1995 vom amerikanischen Bundesgericht eine Summe von insgesamt 2,3 Milliarden Dollar zugesprochen wurde, eine (in ihrer Höhe nicht definierte) Entschädigung garantiert. Bei Zweifeln behält sich — so das Urteil — die Schweiz vor, die UNO-Ausschüsse anzurufen, um die philippinische Regierung wegen Verletzung der Verpflichtungen des UNO-Pakts II (Sicherung der politischen Rechte und Menschenrechte) zu verurteilen.²⁾ Noch im gleichen Monat akzeptierte die Regierung Fidel Ramos die ihr gemachten Auflagen und

ermöglichte damit die Überweisung von den Konten der Credit Swiss und des Schweizerischen Bankvereins.³⁾

... und die Reaktionen in Manila

Kaum erreichte das Urteil aus Lausanne die Philippinen, meldeten sich mehrere Parteien zu Wort, die bei der Aufteilung der Gelder mitzureden beabsichtigen. Um die weiteren Vorgänge besser zu verstehen, lohnt es sich, die Akteure vorab zu identifizieren. Die wichtigsten Parteien sind im einzelnen:

- die philippinische Regierung, seit den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1998 vertreten durch ihren Präsidenten Joseph »Erap« Estrada, (Vorgänger: Fidel Ramos),
- die von der früheren Präsidentin Corazon Aquino geschaffene Presidential Commission on Good Government (PCGG), deren Aufgabe die Rückführung der Marcos-Gelder ist, die also die Inter-